



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND KUNST
DIE MINISTERIN

An die
staatlichen und nichtstaatlichen Hochschulen
und Akademien nach dem Akademiengesetz
in Baden-Württemberg

Stuttgart, 27.2.2022

Folgen der Invasion in der Ukraine im Wissenschaftsbereich

Sehr geehrte Rektorinnen und Rektoren,
sehr geehrte Präsidenten und Präsidentin,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Angriff Russlands auf die Ukraine ist ein unfassbarer Angriff auf das freie Europa.

Unsere Gedanken sind in diesen dunkelsten Stunden der jüngeren europäischen Geschichte bei den Menschen in der Ukraine, die um ihr Leben und das ihrer Familien und Freunde, ihr Hab und Gut und bei allem zugleich um ihre Freiheit fürchten müssen.

Wir denken an die Ukrainer und Ukrainerinnen in der Welt und in der Bundesrepublik, die derzeit um ihre Angehörigen und ihre Heimat bangen. Zu ihnen gehören die mehr als 8.000 ukrainischen Studierenden und darüber hinaus zahlreiche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an deutschen Hochschulen.

Im Einklang mit der Allianz der Wissenschaftsorganisationen appellieren wir an Sie, ihre Unterstützung, ihre Kontakte und ihre Zusammenarbeit mit ukrainischen Partnern und Partnerinnen auf allen Ebenen weitestgehend fortzusetzen, beim Studierenden-austausch ebenso wie in der Förderung bilateraler Forschungsprojekte; beim Aufbau

sowie in der Nutzung wissenschaftlicher Infrastrukturen. Geflüchtete Studierende, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden wir gemeinsam mit Ihnen unterstützen und sind für die ersten bereits übermittelten kurzfristigen Initiativen vor Ort sehr dankbar.

Das Vorgehen Russlands muss eindeutige Konsequenzen nach sich ziehen und gleichzeitig weitere Eskalationen vermeiden. Das Ministerium begrüßt in diesem Zusammenhang sehr, dass sich die Wissenschaftsorganisationen klar und umgehend in Übereinstimmung mit der Haltung der Bundesregierung positioniert haben.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst stellt sich entschieden hinter die Haltung und die Empfehlungen der Wissenschaftsorganisationen, die wir uns zu eigen machen – das betrifft zunächst die auch von der Landesregierung bereits geäußerte Solidarität sowie konkret das weitere Vorgehen.

Menschenrechte, Freiheit und Frieden sind Grundlagen von Wissenschaft und Forschung. Werden diese derart grundsätzlich infrage gestellt, wie derzeit von dem russischen Präsidenten, kann dies auch in dem Wissenschaftsaustausch nicht folgenlos bleiben: Die grenzüberschreitende Gemeinschaft von Lehrenden, Forschenden und Studierenden setzt selbst akzeptierte Grenzen voraus – vom Austausch im Seminarraum bis zur Wahrung des Völkerrechts.

Der notwendige Schritt fällt sehr schwer – angesichts der weltweiten Bemühungen der grenzüberschreitenden Wissenschaft für ein friedliches Miteinander auf Grundlage des Völkerrechts – insbesondere, da wir um die vielen russischen, leisen wie lauten, Stimmen wissen, die nicht hinter der sinnlosen und menschenverachtenden Politik des Präsidenten stehen.

Wir bitten Sie, die bestehenden Beziehungen zur Russischen Föderation und zu russischen Einrichtungen umgehend kritisch zu überprüfen und soweit im Einzelfall menschlich und zudem völkerrechtlich vertretbar, diese mit dem nötigen Respekt den Partnern und Partnerinnen gegenüber auszusetzen. Forschungsgelder sollten der Russischen Föderation und russischen Einrichtungen nicht mehr zu Gute kommen

und derzeit keine gemeinsamen wissenschaftlichen und forschungspolitischen Veranstaltungen stattfinden. Neue Kooperationsprojekte sollten bis auf Weiteres nicht initiiert werden.

Mein Haus ist bereits dabei, dies auch in unserem Geschäftsbereich umzusetzen und auch das BMBF wird alle laufenden und geplanten Maßnahmen mit der Russischen Föderation und russischen Einrichtungen einfrieren und kritisch überprüfen. Neue Maßnahmen meines Hauses sowie des BMBF wird es bis auf Weiteres nicht geben.

Mit freundlichen Grüßen

Theresia Bauer MdL